

TiSA contra Klimaschutz

TiSA-Anhang zu Energiedienstleistungen – Ausverkauf der Demokratie

Vorwort von Rosa Pavanelli

Der Energiesektor ist aufgrund seiner Bedeutung für die nationale Sicherheit, für Wirtschaftswachstum, soziale Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit der strategisch wichtigste Sektor der globalen Wirtschaft.

Doch immer noch werden weltweit 80% der Primärenergie aus fossilen, Treibhausgase freisetzenden Brennstoffen gewonnen.

Wenn die Menschheit die schlimmsten Folgen der Klimakrise abwenden will, müssen wir alle unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen einschränken, und zwar rasch und radikal. Dazu haben sich die UN-Mitgliedsstaaten im Klimaabkommen vom Dezember 2015 bekannt.

Doch noch während die Mitgliedsstaaten das Klimaabkommen von Paris verhandeltenⁱ, kamen in Genf ihre Unterhändler zusammen, um im Geheimen ein neues Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) für Energiedienstleistungen (*Energy Related Services - ERS*) zu vereinbaren.

Die Klimakrise gilt inzwischen als das größte Versagen des freien Markts; und tatsächlich finden sich nur noch wenige, die weiterhin behaupten, die Märkte verfügten über die richtigen Werkzeuge, um die voranschreitende Klimakrise zu bewältigen. Dessen ungeachtet, soll mit dem ERS-Kapitel der Markt gestärkt und der politische Spielraum der Regierungen für eine innerstaatliche Politik und Regulierung des Energiesektors eingeschränkt werden.

Wenn die Regierungen nun Vorbereitungen treffen, um das Pariser Abkommen umzusetzen, könnten sie feststellen, dass ihre Bemühungen von ihren eigenen Handelsministern im Rahmen der TiSA-Verhandlungen torpediert werden.

Wir wissen das auch nur, weil Wikileaks das Energiekapitel veröffentlicht hat. Es erfüllt die PSI mit Stolz, der Öffentlichkeit eine erste Analyse vorlegen und aufzeigen zu können, dass die Ausbeutung fossiler Brennstoffe vorangetrieben werden soll – mit den bekannten, den Klimawandel beschleunigenden Folgen.

Mit der Wiederbelebung eines Rahmenentwurfs, der erstmals vor einem Jahrzehnt unter der Bush-Cheney-Regierung kursierte und als „Halliburtons WTO Agenda“ⁱⁱ bekannt geworden ist, unterwandert das geplante neue TiSA-Kapitel dringend notwendige und zum Teil bereits stattfindende Maßnahmen, um die gefährlichen Kohlenstoffemissionen zu senken, Arbeitsplätze im sauberen Energiesektor zu schaffen und allen Menschen zu größerer Energiesicherheit zu verhelfen.

Zu den schlechtesten Ideen im ERS-Entwurf gehören:

- ein als Artikel 1 zu verankerndes Prinzip der „technologischen Neutralität“, demgemäß die Verpflichtungen auf alle Energiesektoren anzuwenden wären, und zwar ungeachtet der Energiequelle oder der zur Anwendung gelangenden Technologie, und das den Regulatorischen Behörden das Recht aberkennen würde, zwischen Solar- und Kernenergie, zwischen Wind und Kohle oder zwischen Erdwärme und Fracking zu unterscheiden;
- die Einschränkung der staatlichen Oberhoheit über die Energieressourcen (trotz gegenteiliger Behauptung in Artikel V), da sich die Staaten verpflichten müssten, die Märkte für ausländische Energiedienstleister zu öffnen, wodurch das Recht wegfiel, noch nicht ausgereifte Industrien zu fördern und aus der Nutzung der Energieressourcen innerstaatliche wirtschaftliche Vorteile zu ziehen;
- die Verlagerung der politischen Macht über die Energie- und Klimapolitik weg von den Menschen, die sich darauf verlassen, dass ihre Regierungen für eine faire und nachhaltige Wirtschaft sorgen, hin zu globalen Konzernen, die mit TiSA verhindern wollen, dass die Regierungen die Ressourcen, Märkte, Unternehmen und Infrastruktur im Energiesektor selbst regulieren.

Mit der vorliegenden Analyse sollen die potentiellen Folgen des neuen TiSA-Energiekapitels für die Klima- und Energiepolitik aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse sind alarmierend. Wir fordern die Regierungen dringend auf, dem versteinerten Paradigma der „Freihandels“-Abkommen und der von den Unternehmen ausgeübten Kontrolle endlich eine Absage zu erteilen und stattdessen eine saubere und faire Energiezukunft für alle aufzubauen.

Rosa Pavanelli
Generalsekretärin
Public Services International (PSI)

KURZER HINTERGRUND ZU WTO, TiSA UND ENERGIE

Obwohl Erdöl die meistgehandelte Ware der Welt ist, wurde das Thema Energie von den Entscheidungsträgern im Welthandel über lange Zeit ignoriert. Die Kernprinzipien der WTO sehen ein generelles Verbot für Ausfuhrbeschränkungen vor, sie raten von Einfuhrmaßnahmen ab (insbesondere wenn diese ökologischer Natur sind), schreiben den Staaten vor, den heimischen Verbrauch im Verhältnis zu Exportrückgängen zu drosseln und erschweren Bemühungen, weniger Kohlenstoff zu verbrennen – als Gut oder als Energieträgerⁱⁱⁱ.

Das bestehende Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der WTO (GATS) lässt in der Allgemeinen Ausnahmeregelung in Artikel XIV keine Maßnahmen zum Schutz natürlicher Rohstoffe zu; gleiches gilt für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen der WTO (GATT). Das Thema ökologische Nachhaltigkeit ist somit für das für den Handel mit Dienstleistungen geltende Paradigma nicht ausschlaggebend.^{iv}

Technisch gesehen, finden die TiSA-Gespräche zwar außerhalb des WTO-Rahmens statt, doch die im GATS verankerten Prinzipien für den Handel mit Dienstleistungen sind in den von den TiSA-Vertragsparteien verhandelten Text bereits eingebaut, wodurch er den ökologischen Imperativen noch feindseliger gegenübersteht.^v So sagte Michael Punke, der stellvertretende Handelsbeauftragte der USA, vor dem Unterausschuss für Mittel und Wege im Handel aus, dass TiSA die beste Initiative sei, um die multilateralen Gespräche über Dienstleistungen in der WTO wieder anzuspornen.^{vi} Bedenkt man, dass die jüngste Verhandlungsrunde in den Räumlichkeiten der WTO stattfand, wie Bryce Baschuk von *BNA Snapshot* am 13. Oktober 2015 berichtete, werden die Ziele von TiSA und seine endgültige Bestimmung noch offensichtlicher

An den TiSA-Verhandlungen nehmen 23 WTO-Mitglieder teil: Australien, Chile, Chinesisch-Taipeh, Costa Rica, Hongkong China, Island, Israel, Japan, Kanada, Kolumbien, Korea, Liechtenstein, Mauritius, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Peru, Schweiz, Türkei sowie die USA und die EU (28 Mitgliedsländer).

Die *National Energy Policy Development Group* der Bush-Cheney-Regierung, die von Enron-Vorstandsmitgliedern initiiert und geleitet wurde, rief in ihrem bahnbrechenden Bericht im Mai 2001 „den US-Handelsbeauftragten dazu auf, eine sektorale Handelsinitiative zu unterstützen, um den Handel mit Gütern und Dienstleistungen im Energiebereich auszuweiten und die diesbezüglichen Investitionen für eine Förderung der Erschließung, Produktion und Verarbeitung wie auch der Entwicklung neuer Technologien aufzustocken.“^{vii} Sie brachten die nächsten zehn Jahre damit zu, ihre Initiative durchzuboxen, während sie gleichzeitig damit beschäftigt waren, in zwei der ölfreichsten Länder der Welt einen Regimewechsel herbeizuführen – konkret durch den Einmarsch im Irak^{viii} und die tatkräftige Unterstützung, demokratisch gewählte Politiker in Venezuela zu stürzen.^{ix}

Der von Gewerkschaften und Umweltschutzgruppen mobilisierte Widerstand gegen den im GATS beabsichtigten Umgang mit Energiedienstleistungen führte dazu, dass sich wichtige energieexportierende Länder weigerten, an den Gesprächen über Energiedienstleistungen teilzunehmen. Bei der WTO in Genf ist das Thema bis heute ein Blindgänger.

Unter Obama schien es zunächst so, als würden zu Beginn der Gespräche über die Transpazifische Partnerschaft im Juni 2010 in San Francisco die Vorschläge der Bush-Regierung unbeesehen in die eigene Handelspolitik-„Reform“-Plattform übernommen.^x Im derzeit verhandelten TPP-Text ist zwar noch keine spezifische sektorale Vereinbarung über Energiedienstleistungen enthalten,^{xi} die US-Industrie hat jedoch formell ihre Unterstützung signalisiert.^{xii}

Der im TiSA 2016 vorgeschlagene ERS-Text wird von den großen US-Energiekonzernen und anderen Ländern mit erheblichem Interesse am Export von Energiedienstleistungen weiterhin unterstützt. Insbesondere Norwegen (Öl) und Island (Erdwärme) treten als mächtige Befürworter auf und verleihen der ursprünglichen Absicht, die demokratische Kontrolle über die Energiepolitik einzuschränken, die soziale und ökologische Tarnung.

Im Unterschied zum GATS sind in die TiSA-Gespräche weder die OPEC-Länder noch Russland eingebunden, allerdings gehören ihnen andere schmutzige Energiegiganten wie Kanada (Schiefergas), Australien (Kohle) und die USA (sowohl als auch) an.^{xiii} Die USA beabsichtigen, TiSA im Rahmen der WTO als Abkommen auf „hohem Niveau“ zu etablieren, so dass es später auch von anderen energieexportierenden Ländern verabschiedet werden kann.

Mit einer über „schmutzige Energie“ hinausgehenden Agenda besteht das umfassendere Ziel darin, Energiedienstleistungen einschließlich einer ganzen Reihe von Verteilungsdiensten zu liberalisieren, darunter Netzanbindungen und Pipelines. Es müssen noch gründlichere Untersuchungen angestellt werden, um zu verhindern, dass die Bedrohung durch die ausschließliche Konzentration auf schmutzige Energie und den Klimaschutz heruntergespielt wird.

VORLÄUFIGER TiSA-TEXT ZU ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN

Der von Norwegen und Island eingebrachte TiSA-Vorschlag wäre die Grundlage für die Verhandlung über einen Anhang zu Energiedienstleistungen, und zwar ähnlich wie die von WikiLeaks schon früher enthüllten Anhänge zu anderen strategischen Sektoren wie Finanzdienstleistungen, E-Commerce, Telekommunikation oder Seeverkehr.^{xiv}

Energiedienstleistungen wären auch an die Zeitpläne der TiSA-Mitglieder gebunden, in denen sie die Energiedienstleistungen auflisten, bei denen sie sich grundsätzlich positiv zu den Marktzugangsbestimmungen von TiSA verpflichten.

Darüber hinaus würde der ERS-Zeitplan Energiedienstleistungen beinhalten, von denen ein Land im Rahmen der Inländerbehandlung der TiSA-Bestimmungen Abstand nimmt und deren zeitliche Planung grundsätzlich negativ ist. Das würde bedeuten, dass alle künftigen Energiedienstleistungen (die noch nicht entwickelt sind) denselben Bestimmungen unterworfen wären, weil sie heute noch nicht als Ausnahme gelistet werden können.

Im Folgenden wird Punkt für Punkt auf jede der im ERS-Anhang vorgeschlagenen Bestimmungen für den Freihandel mit Energiedienstleistungen näher eingegangen. Auf den offiziellen Text (im Original und kursiv gesetzt) folgt eine Analyse seiner potentiellen Auswirkungen auf die Energie- und Klimapolitik.

TiSAs „TECHNOLOGISCHE NEUTRALITÄT“ KEHRT DIE ROLLE DER REGULIERUNGSBEHÖRDEN UM

Artikel I – Umfang

“This Chapter shall apply to measures affecting trade in energy related services, irrespective of the energy source dealt with, technology used, whether the energy source is renewable or non-renewable, and whether the service is supplied onshore or offshore.”

Im neuen TiSA-Text^{xv} besagt Artikel I oben, dass der Vertragsumfang auf alle Energiequellen und möglichen Technologien anzuwenden ist, wodurch es für die interessierte Öffentlichkeit und ihre gewählten politischen Vertreter unmöglich wird, erneuerbare Energie gegenüber nicht-erneuerbarer, saubere gegenüber schmutziger, lokale gegenüber importierten Diensten zu bevorzugen^{xvi}.

Das Prinzip der „technologischen Neutralität“ wurde 1996 bei den Verhandlungen des WTO-Abkommens über Telekommunikationsdienste erstmals eingeführt, um zu verhindern, dass aufkommende Technologien diskriminiert werden – etwa Kabel gegen zellulär gegen Satellit.^{xvii}

Die im TiSA vorgenommene Ausweitung dieses Prinzips auf alle Energiesektoren stellt einen politischen Gestaltungsansatz her, der gegenüber dem wohl empfindlichsten Wirtschaftssektor blind sein müsste, und das zu einer Zeit, in der die Menschheit dringend aufgerufen ist, einen historischen Übergang zu kohlenstoffarmen Energiequellen zu bewerkstelligen, um eine globale Klimakatastrophe zu verhindern.

Staaten, die in ihrer Energieversorgung beispielsweise von Kohle auf lokale Solarenergie umsteigen möchten, müssten sämtliche in einem Sektor getroffenen Maßnahmen auf alle anderen ausweiten.

In Mexiko verlangt zum Beispiel die Verfassung, dass es den Anteil ausländischer Firmen im Erdölsektor einschränkt; zugleich versucht das Land aber, sich in seinen Wind- und Solar-energiesektoren für ausländische Investitionen und Technologien zu öffnen.^{xviii}

Trotz der turbulenten Revolution des Landes im Zusammenhang mit seiner Erdölpolitik, die sich immer noch durchsetzt, könnte der TiSA-Ansatz Mexiko zwingen, dieselben Vorschriften gleichermaßen auf alle Energiesektoren anzuwenden; das würde bedeuten, dass Länder daran gehindert wären, eine ausländische Beteiligung in einem Tätigkeitsbereich zu fördern, den sie expandieren möchten (also Erneuerbare), während es ihnen in anderen (also Öl) erschwert oder gar verboten wäre.

Mexiko würde vielleicht ausländische Investitionen und Expertisen in seinem Offshore-Wind-energiesektor begrüßen, doch durch TiSA wäre Mexiko gezwungen, ausländischen Öldienstleistern den gleichen Zugang zu gewähren, und zwar selbst dann, wenn Mexiko innerstaatliche oder multilaterale Klimaverpflichtungen eingegangen ist, diesen Sektor aufgrund seiner hohen Kohlenstoffemissionen zu verringern.

Nehmen wir an, Mexiko würde in seinem nach Paris beschlossenen Klimaschutzpaket zur Unterstützung der Ölarbeiter „gerechte Übergangsmaßnahmen“ ergreifen, indem es die

Schranken für ausländische Dienstleister bei den Erneuerbaren aufhebt, zugleich aber die Kontrollen im Ölsektor aufrechterhält; auf diese Weise könnten die inländischen Ölbeschäftigten vor der ausländischen Konkurrenz in einem Sektor geschützt werden, dessen Potential schwindet, weil die Klimaforschung Mexiko auffordert, seine Ölproduktion möglichst rasch zu reduzieren. Die Frage lautet: Würde TiSA Maßnahmen untersagen, mit denen ölproduzierende Länder ihre inländischen Arbeitsplätze absichern, bzw. die heimische Beschäftigung fördern und sicherstellen wollen?

Technologische Neutralität muss nicht unbedingt heißen, dass den Ländern verboten wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den dringenden Übergang zu anderen Energieträgern zu vollziehen, allerdings wird durch die Auferlegung eines solchen Grundsatzes inhärent das Spektrum an Maßnahmen beschnitten, das Politikern zur Verfügung steht, um mit Umsicht einen ehrgeizigen und gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Versorgung einzuleiten.

JEDE MIT ENERGIE ZUSAMMENHÄNGENDE TÄTIGKEIT IST IN TiSA ENTHALTEN

Artikel II – Definitionen

“For the purpose of this Chapter:

- 1. a) «energy related services» means services incidental to exploration, exploitation, development, productions or distribution of energy or energy resources to the extent such services are supplied to energy companies, directly or indirectly through their contractors or sub-contractors;*
- 2. b) “energy companies” means persons holding the right to undertake exploration, exploitation, development, productions or distribution of energy or energy sources.*

Der im TiSA vorgeschlagene Artikel II würde offenbar alle Tätigkeiten (Dienste) erfassen, zu denen es im Zuge der Nutzung von Energiequellen kommt – darunter auch alle Schritte im Produktionsverfahren für fossile Brennstoffe, angefangen von der Erschließung über die Verarbeitung bis hin zur Verteilung. Die TiSA-Definition für Energiedienstleistungen umspannt die *Central Product Classification* (Zentrale Gütersystematik - CPC) der Vereinten Nationen, ein Klassifizierungssystem, das Waren und Dienstleistungen „ausgehend von den physischen Merkmalen der Güter oder vom Wesen der geleisteten Dienste“ erfasst.^{xix}

Die im TiSA enthaltene Definition von „Energieunternehmen“ bezieht sich eindeutig auf die (juristischen) Personen, die für die Ausübung der Nutzungsrechte für die Ressourcen verantwortlich sind; mit anderen Worten die Eigentümer.

Wenngleich die TiSA-Definition die Eigentümerschaft über die Energieressourcen anerkennt, verlangt der neue Text den Ländern effektiv ab, nicht regulierte Dienstleistungsmärkte für ausländische Versorger einzurichten, „*to the extent such services are supplied to energy companies,*“ und sorgt auf diese Weise bei der Erschließung von Energiequellen für einen schrankenlosen Zugang privater Akteure, ungeachtet der Staatsangehörigkeit.

Sinn und Zweck von Artikel II dürfte sein, den Anwendungsbereich dieses Regimes möglichst weit zu spannen und den gesamten Energiesektor damit zu erfassen, indem jegliche Aktivität nunmehr den neuen, im Rahmen von TiSA beschlossenen Handelsdisziplinen unterworfen wird.

FREIES FRACKING FÜR ALLE UND ÜBERALL

Artikel III – Grenzüberschreitender Handel

“1. Each Party shall undertake commitments without limitations to permit cross-border supply as described in Article I-1, 2 (a) and (b) of energy related services to the extent they belong under the following CPC categories:

- *- architectural services [CPC 8671],*
- *- engineering services [CPC 8672],*
- *- integrated engineering services [CPC 8673],*
- *- management consulting services [CPC 865],*
- *- services related to management consulting services [CPC 866],*
- *- site formation and clearance services [CPC 5113] (including geothermal drilling services),*
- *- maintenance and repair of equipment [CPC 633 + 8861 - 8866] and*
- *- construction and related engineering services [CPC 51]*

- *2. Subject to any terms, limitations, conditions, and qualifications set out in its Schedule, each Party shall permit cross-border supply of energy related services to the extent they belong under the following CPC categories:*
 - *- rental/leasing services without operator related to ships [CPC 83103],*
 - *- rental/leasing services without operator related to other transport equipment [CPC 83101+83102],*
 - *- rental/leasing services without operator related to other machinery and equipment [CPC 83106+83109],*
 - *- technical testing and analysis services [CPC 8676],*
- *- services incidental to mining [CPC 883, 5115],*
- *- related scientific and technical consulting services [CPC 8675],*
- *- environmental services [CPC 94],*
- *- other lodging services n.e.c [CPC 64199] (lodging offshore),*
- *- maritime domestic transport services [CPC 7212],*
- *- maritime towing and pushing services [CPC 7214] and*
- *- bulk storage services of liquids or gases [CPC 7422].”*

Die von den TiSA-Vertragsparteien eingegangenen Verpflichtungen sind entweder „uneingeschränkt“ (Artikel III.1) oder „in ihrem Zeitplan geregelt“, welcher vorsieht, die Bedingungen und Einschränkungen (Artikel III.2) eines Tages aufzuheben.

Dann könnten die Dienstleister die den Energieunternehmen auferlegten Vorschriften anfechten – zum Beispiel Auflagen, wonach ausländische Dienstleister lokale Arbeitskräfte einstellen und von lokalen Anbietern beziehen (aufgrund der Klausel über die Inländerbehandlung) oder die neueste Technologie zur Methanabscheidung installieren müssten, oder auch, um gegen ein Fracking-Verbot vorzugehen (auf der Grundlage der Marktzugangsbestimmungen).

Die Anwendung solcher Bestimmungen auf den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen wäre eine Ausweitung der im Rahmen der WTO bestehenden Konzernbefugnisse, die ihnen ermöglichen, unter Berufung auf die Handelsbestimmungen Lösungsansätze für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder die Entwicklung sauberer Energieträger zu stoppen, und zwar auch auf subnationaler Ebene, auf der regionale und lokale Regierungen durch ihre Politik oft für Veränderungen sorgen.

Rechtsprechungen, mit denen ökologische Krisen und Fragen der Gleichstellung geregelt und der Ausbau einer sauberen Energiegewinnung oder die Schaffung lokaler Arbeitsplätze vorgeschrieben werden, könnten dann sehr rasch an die strengen Handelsbestimmungen im TiSA stoßen, da sie der Politik die Hände binden würden.

In einer der größten Tageszeitungen Kanadas, *The Globe and Mail*, stand vor kurzem zu lesen, dass „Japan und die Europäische Union unter Berufung auf das internationale Handelsrecht eine Klage gegen die Provinz Ontario eingebracht haben, wonach die Erzeuger sauberer Energie in unfairer Weise unter Druck gesetzt werden, Hardware und Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz in der Provinz zu beziehen.“^{xx}

Ein Abschluss des ERS-Kapitels könnte es Regierungen unmöglich machen, Unternehmen den Vorzug zu geben, die lokale Arbeitskräfte einstellen, wodurch die innerstaatliche Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung einer nationalen Arbeitnehmerschaft untergraben werden würde. Ausländische Firmen beziehen zwar immer wieder Dienste auf lokaler Ebene (vom Engineering bis zum Grubenaushub, von der Installation von Solaranlagen bis zur Wartung der Windenergieanlagen), aber TiSA scheint es darauf abgesehen zu haben, diesen ausländischen Firmen noch mehr Macht und volle Flexibilität einzuräumen, damit sie anstellen und beauftragen können, wen auch immer sie wollen.

Der in Nigeria 2010 verabschiedete *Local Content Act* ist die Art von Gesetzgebung, die die TiSA-„demandeurs“ geregelt wissen wollen; das Gesetz begünstigt lokale nigerianische Unternehmen und schreibt vor, dass sie bei Regierungsaufträgen im Güter- wie auch im Dienstleistungsbereich des Energiesektors gegenüber ausländischen Firmen bevorzugt zu behandeln sind.^{xxi} Dieses Gesetz ist eine logische und legitime Konsequenz, nachdem die nigerianische Bevölkerung jahrzehntelang zusehen musste, wie ihre staatlichen Mittel ausländischen Firmen zugutekamen und einheimische Akteure benachteiligt wurden.

Der „local content“ bzw. Inlandsanteil bezieht sich häufig nur auf Güter, dennoch „ordnete der amtierende Präsident Goodluck Jonathan an, dass künftig ausschließlich nigerianische einheimische Unternehmen für Dienstleistungen in Betracht gezogen werden, die belegen können, im Besitz der Ausrüstung zu sein, nigerianisches Personal zu beschäftigen und über die Kapazität zu verfügen, Aufträge in der nigerianischen Öl- und Gasindustrie durchführen zu können.“

Das nigerianische, den Inlandsanteil regelnde Gesetz dürfte aus Gründen der Inländerbehandlung bereits gegen die GATT-Bestimmungen verstoßen, nun scheint aber TiSA Regelungen einführen zu wollen, die den Menschen vorschreiben sollen, was sie auf dem Weg über ihre Regierungen tun dürfen und was nicht, um den innerstaatlichen Nutzen aus einer ausländischen Beteiligung an der Energiegewinnung sicher zu stellen.

Nigeria nimmt an den TiSA-Gesprächen nicht teil, doch jetzt könnte mit dem „plurilateralen“ Abkommen über die Liberalisierung von Dienstleistungen ein „starker Standard“ etabliert werden, der eines Tages für alle WTO-Mitglieder gilt; in dem Fall könnte anhand der im TiSA vorgeschlagenen Regelungen auch das nigerianische Gesetz als Verstoß ausgelegt und als Diskriminierung ausländischer Firmen angesehen werden.

NEUE FREIHEITEN FÜR AUSLÄNDISCHE INVESTOREN IN FAST ALLEN BEREICHEN

Artikel IV - Kommerzielle Präsenz

“1. Each Party shall undertake commitments without limitations to permit supply through commercial presence of energy related services to the extent they belong under the following CPC categories:

- - *architectural services [CPC 8671],*
- - *engineering services [CPC 8672],*
- - *integrated engineering services [CPC 8673],*
- - *management consulting services [CPC 865],*
- - *services related to management consulting services [CPC 866],*
- - *technical testing and analysis services [CPC 8676],*
- - *services incidental to mining [CPC 883, 5115],*
- - *related scientific and technical consulting services [CPC 8675],*
- - *site formation and clearance services [CPC 5113] (including geothermal drilling services),*
- - *maintenance and repair of equipment [CPC 633 + 8861 - 8866],*
- - *construction and related engineering services [CPC 51],*
- - *environmental services [CPC 94],*
- - *other lodging services n.e.c. [CPC 64199] (lodging offshore) and*
- - *bulk storage services of liquids or gases [CPC 7422].*

2. Subject to any terms, limitations, conditions and qualifications set out in its Schedule, each Party shall permit supply through commercial presence of energy related services to the extent they belong under the following CPC categories:

- - *rental/leasing services without operator related to ships [CPC 83103],*
- - *rental/leasing services without operator related to other transport equipment [CPC 83101+83102],*
- - *rental/leasing services without operator related to other machinery and equipment [CPC 83106+83109],*
- - *maritime domestic transport services [CPC 7212] and*
- - *maritime towing and pushing services [CPC 7214]. “*

„Kommerzielle Präsenz“ ist Handelsjargon für das Recht ausländischer Investoren, sich direkt in einem bestimmten Land niederzulassen, und stattet ausländische Investoren für ihre Geschäftstätigkeit in dem Land mit neuen Rechten aus. *Nicht nur würde TiSA dieses Recht auf energienahe Unternehmen ausweiten, es würde darüber hinaus dafür sorgen, dass die Regulierung eines solchen Unternehmens technologisch neutral sein müsste.* Artikel IV oben würde diese Rechte festlegen, ohne den in Absatz 1 gelisteten Dienstleistungssektoren Grenzen oder Einschränkungen welcher Art auch immer aufzuerlegen.

Absatz 2 würde das Recht auf kommerzielle Präsenz in den gelisteten Dienstleistungssektoren ebenfalls festschreiben; zwar wäre den Unterzeichnerländern erlaubt, spezifische „Bedingungen und Einschränkungen“ bezüglich ausländischer Investoren in ihrem jeweiligen „Terminplan“ aufzuerlegen, diese würden aber nach und nach und im Zuge nachfolgender Verhandlungsrunden reduziert bzw. ganz aufgehoben werden.

Diese im TiSA angestrebte Herangehensweise ist auch als „ratcheting“ bekannt; damit ist ein Verfahren gemeint, das darauf abzielt, jeden spezifischen Dienstleistungssektor stetig und

kontinuierlich zu liberalisieren, und zwar so lange, bis ausländische Investoren und ausländische Dienstleister keiner Regulierung mehr unterworfen sind und sie tun und lassen können, was sie wollen.

EURE ENERGIE, MEIN MARKT

Artikel V - Oberhoheit über Energiequellen

“1. The Parties recognise state sovereignty and sovereign rights over energy resources. They reaffirm that such rights must be exercised in accordance with, and subject to, the rules of international law.

2. Without affecting the objective of promoting trade in energy related services, the Agreement shall in no way prejudice the rules in the respective Parties governing the system of property ownership of energy resources.

3. Each Party continues to hold, in particular, the rights to decide the geographical areas to be made available for exploration, development and exploitation of its energy resources, the optimisation of their recovery and the rate at which they may be depleted or otherwise exploited, to specify and enjoy any taxes, royalties or other financial payments payable by virtue of such exploration and exploitation, and to regulate the environmental and safety aspects of such exploration, development and exploitation, and to participate in such exploration and exploitation, inter alia, through direct participation by the government or through state enterprises.”

Artikel V sichert den Regierungen zwar zu, dass TiSA die Oberhoheit über den Handel mit Energie „anerkennt“, allerdings lässt sich jeder Absatz auch so lesen, dass diese Oberhoheit signifikant beschnitten werden soll:

Paragraph 1 stellt klar, dass die Oberhoheit über die Energieressourcen internationalem Recht und insbesondere TiSA „unterworfen ist“.

Paragraph 2 ist eine doppelte Verneinung, die so ausgelegt werden kann, dass TiSA die Eigentumsordnung *sehr wohl einschränkt*, wenn sich die Bestimmungen dieser Ordnung auf die Zielsetzung auswirken, den Handel mit Energiedienstleistungen zu fördern.

Paragraph 3 sichert den Regierungen zu, dass TiSA in die Ausübung einiger traditioneller Rollen nicht eingreifen wird. In Paragraph 1 steht jedoch, dass jede Rolle durch TiSA sehr wohl eingeschränkt würde. Zum Beispiel könnten die Regierungen zwar weiterhin staatliche Unternehmen betreiben, sie müssten aber auch die kommerzielle Präsenz ausländischer Tochtergesellschaften zulassen (z.B. für Nebenleistungen im Bergbau und bei der Brennstofflagerung in Großbehältern).

Das Prinzip, das TiSA verankern möchte, scheint darin zu bestehen, die „Oberhoheit der Nationen über die Energieressourcen“ internationalen Handelsbestimmungen zu unterwerfen, die die Antithese zur Selbstverwaltung darstellen.

Der von TiSA verfolgte Ansatz nach dem Motto „Eure Energie, mein Markt“ würde die Souveränität der Staaten, sich mit der Nutzung souveräner Energieressourcen innerstaatliche wirtschaftliche Vorteile zu sichern, effektiv beseitigen, da den Staaten abverlangt würde, freie

Märkte für ausländische Unternehmen zu schaffen, die– wie etwa Halliburton – energienahe Dienste leisten.

TISA „bekräftigt“ die staatliche Ressourcenoberhoheit, stellt aber im gleichen Atemzug fest, dass Ressourcen „Vorschriften des internationalen Rechts unterworfen“ sind, welche die staatliche Kontrolle einschränken, und legt als nächstes, unter Bezugnahme auf das CPC-System der Vereinten Nationen und die Kategorisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten individuelle Dienstleistungsmärkte für jede einzelne mit Energie in Verbindung stehende Tätigkeit fest.^{xxii} TISA ordnet die Öffnung der Dienstleistungsmärkte für ausländische Dienstleister an und zwingt die Staaten, viele der wesentlichen ökonomischen Vorteile, die mit der Nutzung volkseigener Energieressourcen erwirtschaftet werden, an nicht-einheimische Unternehmen abzutreten.

Trotz der Erklärung, dass TISA die Oberhoheit respektiert, werden politische Maßnahmen, die eine Beteiligung der öffentlichen Hand an Großprojekten, Baugenehmigungen in empfindlichen Bereichen oder die Beschäftigung lokaler Arbeitskräfte vorschreiben, so weit entschärft, bis sie reif sind für den Angriff durch den anschließenden Artikel VI über das Regulierungsrecht; er hat es auf Maßnahmen abgesehen, die als nicht „notwendig“, „legitim“ oder „objektiv“ angesehen werden, sich aber unmittelbar auf Menge und Umfang der Nutzung der Energieressource auswirken können.

Die oben angeführten Bestimmungen werden in einem anderen neuen TISA-Anhang über Nationale Vorschriften als eigene Themenbereiche ausführlich behandelt,^{xxiii} wie in früheren PSI-Berichten zu TISA bereits erläutert ist,^{xxiv} und würden die vorgeschlagenen GATS-Vorschriften bekräftigen.^{xxv}

„POLITISCHER HANDELSPIELRAUM“ WIEGT SICH IN FALSCEM GEFÜHL VON SICHERHEIT

Artikel VI - "Right to regulate"

“1. Consistent with the provisions of this Agreement, each Party retains the right to regulate and to introduce or maintain measures affecting trade in energy related services in order to meet legitimate national policy objectives. All such measures shall be clearly defined, transparent and objective.

2. Measures by Parties relating to licensing requirements and procedures, qualification requirements and procedures, and technical standards affecting trade in energy related services shall be pre-established and published, based on objective and transparent criteria and relevant to the supply of the services to which they apply.

3. Parties shall work to ensure maximum transparency of relevant processes relating to the development and application of domestic and international standards by non-governmental bodies.

4. Where technical standards are required and relevant international standards exist or their completion is imminent, each Party shall take them or the relevant parts of them into account in formulating their technical standards, except when such international standards or relevant parts would be an ineffective or inappropriate means for the fulfilment of national policy objectives.”

Artikel VI erweckt zunächst den Eindruck, als würden innerstaatliche Entscheidungen für eine Regulierung des Energiesektors gewahrt; in Wirklichkeit geht es aber darum, das Einverständnis der Regierungen zu erlangen, um „die Regulierungsbehörden zu regulieren“.

Die Kritiker der Handelspolitik weisen schon länger darauf hin, dass sich die „Streitbeilegungstribunale in ihrer Entscheidung, ob regulatorische Kriterien objektiv und transparent sind, möglicherweise ausschließlich von kommerziellen Überlegungen leiten lassen.“^{xxxvi}

Das ERS-Kapitel könnte zur Gefahr für die Konzessionsbestimmungen und Genehmigungsverfahren für eine ganze Reihe von Tätigkeiten werden – angefangen vom Bau der Pipelines und anderen wesentlichen Infrastrukturprojekten bis hin zur Bohrung, Lagerung und Übertragung.

Bei vielen dieser Tätigkeiten werden Umweltprüfverfahren und Maßnahmen zur Schadensminderung sowie eine Beteiligung der Öffentlichkeit und andere öffentliche Verfahren, Sicherheitsvorkehrungen und bereits vorhandene Richtlinien vorgeschrieben, um den Nutzen für die Allgemeinheit sicherzustellen.

Die verwandten TiSA-Kapitel über Transparenzerfordernisse, innerstaatliche Regulierungsvorschriften und andere Querschnittsbereiche bilden eine Verknüpfung, um die im ERS verankerten Verpflichtungen zu untermauern.

Interessant wird sein, wie der US-Handelsbeauftragte den neuen „Klimatest“ des Präsidenten anwenden wird, sobald eine neue Energieinfrastruktur für fossile Brennstoffpipelines wie die jüngst abgelehnte Keystone XL Pipeline in Betracht gezogen wird.

Der neue TiSA-Text zur Einschränkung innerstaatlicher Rechtsvorschriften stützt sich auf eine Reihe von Begriffen wie „transparent“, „objektiv“, „relevant“ und „angemessen“ (siehe dazu die Stumberg-Box weiter unten), die zwar alle einen erhabenen Klang haben, aus juristischer Sicht aber Implikationen in sich bergen, auf die sich die Konzerne berufen könnten, um so gut wie jede Maßnahme zum Schutz des Gemeinwohls rückgängig zu machen. Eine Form der innerstaatlichen Regulierung besteht zum Beispiel darin, den Unternehmen Genehmigungen oder Zulassungen vorzuschreiben, bevor sie den Betrieb aufnehmen dürfen. Gerade diese Genehmigungsverfahren werden von Dienstleistern viel zu oft als ungerechtfertigte Barrieren im „Freihandel“ mit Dienstleistungen angesehen.

HANDELSJARGON ÜBERSETZT: DAS REGULIERUNGSRECHT

Robert Stumberg, Professor an der juristischen Fakultät der Georgetown University, analysierte die Begriffe auf eine Weise, die ihre Anfechtung sofort ermöglichen würde – und zwar unmittelbarer als der Vergleich mit der Keystone-Pipeline-Entscheidung (siehe Fußnote 15):

-- „Zuvor festgelegt“ ist eine gegen Veränderung gerichtete Bestimmung: Damit ließe sich jede Rechtsvorschrift negieren, die verabschiedet wurde, nachdem ein Unternehmen gegründet, eine Liegenschaft erworben oder ein Marktanteil durch ein Unternehmen errungen wurde.

-- „Objektiv“ wird in den WTO-Unterlagen mit fünf Definitionen angeführt, darunter mit „nicht subjektiv“ (was die Abwägungsprüfungen unterwandert, ob etwas im öffentlichen Interesse ist oder nicht) und „am wenigsten handelsbeschränkend“.

-- „Relevant“ bezieht sich im GATS-Kontext auf die Relevanz für die Bereitstellung eines Diensts; damit ließen sich Maßnahmen anfechten, die vor den externen Auswirkungen von Energiediensten auf die Umwelt schützen, ästhetische oder kulturelle Ressourcen bewahren bzw. andere Sektoren einer lokalen Wirtschaft schützen sollen.

Für mehr Beispiele, inwieweit der TiSA-Anhang im Widerspruch zur US-Regulierung des Versorgungsbereichs steht, siehe Stumbergs Bericht aus dem Jahr 2005: *GATS and Electricity*.

So wurde die jüngste Entscheidung von US-Präsident Barack Obama, der umstrittenen Keystone XL Pipeline – die kanadisches Rohöl aus den Teersanden von Alberta zur Golfküste transportieren sollte, um es von dort weltweit zu exportieren – keine Genehmigung zu erteilen, vom Anbieter der Pipeline, einem kanadischen Unternehmen namens TransCanada, heftig kritisiert. Da die neue Pipeline eine internationale Grenze überqueren würde, müssen die Vereinigten Staaten eine präsidentiale Genehmigung erlassen, der eine Empfehlung durch das Außenministerium vorhergeht.

Selbst wenn eine Investitionsklage durch TransCanada auf schwachen Füßen stehen würde, ließe sie sich mit TiSA untermauern; zumindest aber würde das Abkommen der kanadischen Regierung die Gründe für eine Anfechtung liefern. Wenn TiSA verabschiedet wird, könnten die oben genannten Bestimmungen für eine juristische Anfechtung des US-Entscheidungsverfahrens zur Anwendung gelangen, und zwar auf der Grundlage, dass keine „maximale Transparenz der relevanten Verfahren“ gegeben war: Wenn beispielsweise nicht alle Aspekte der innerstaatlichen Beurteilung öffentlich verfügbar waren; oder wenn die Beteiligung der Öffentlichkeit aufgrund von Klimaschutzfragen als nicht „objektiv“ erachtet wird; oder wenn die Entscheidung auf keinem der „zuvor festgelegten“ Kriterien wie etwa Klimafolgen oder irgendeines anderen Faktors beruht, den die kanadische Regierung als anfechtbar erachtet.

Eine Analyse von *Our World Is Not For Sale* (OWINFS) argumentiert: „Der neue Anhang definiert technische Standards auf eine Weise (Artikel 3(d)), die nicht nur die Regulierung von Dienstleistungen, sondern auch die von Waren erfassen würde, wenn ein Standard die Ausrüstung spezifiziert, die für die Bereitstellung einer Dienstleistung zum Einsatz gelangen muss.“^{xxvii} Wenn also Regierungen den Fracking-Unternehmen vorschreiben, den beim Fracking auftretenden Methanausstoß (ein Treibhausgas, das viel stärker ist als Kohlendioxid) durch den Einsatz von methanabsondernden Technologien zu verhindern, könnten sich die Unternehmen auf die im neuen TiSA-Text enthaltenen Einschränkungen innerstaatlicher Rechtsvorschriften berufen, um die Regierungen daran zu hindern, den Unternehmen diese Technologien vorzuschreiben.

Für eine genauere Erklärung der potentiellen Einsatzmöglichkeiten der neuen TiSA-Bestimmungen für innerstaatliche Rechtsvorschriften siehe OWINFS (erster Link unten) und eine weitere Analyse (zweiter Link unten).

LINKS zu diesem Abschnitt:

<http://www.ourworldisnotforsale.org/sites/default/files/Analysis-TiSA-Domestic-Regulation-Annex.pdf>

http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/report_tisa_eng_lr2.pdf

VERFEHLTES MANDAT GEGENÜBER MONOPOLEN

Artikel VII - Wettbewerb

“1. Each Party shall work to alleviate market distortions and barriers to competition in the supply of energy related services, including the distortions originating from the dominant position of [national] energy companies.

2. Each Party shall ensure that it has and enforces such laws and regulations as are necessary and appropriate to address anti-competitive conduct in the energy related services markets.

3. Each Party shall ensure that their respective competition law and policy are enforce in a transparent, timely, objective and non-discriminatory manner.”

Hier ist bemerkenswert, dass dieser Artikel insofern im Widerspruch zu Artikel V über die Oberhoheit über Energieressourcen steht, als er den Vertragsparteien vorschreibt, „Verzerrungen“ zu reduzieren, die lokalen oder nationalen Unternehmen eine dominante Wettbewerbsposition einräumen.

Artikel VII könnte sich für saubere Energie als gut erweisen, denkt man an den Fall der in Kalifornien im Investorenbesitz befindlichen Versorgungsbetriebe und die von den Investoren blockierten Maßnahmen für eine erhebliche Aufstockung von Erneuerbaren durch „Net Metering“ (ein Modell zur Vergütung von Strom aus (meist) kleinen Photovoltaikanlagen oder Kleinwindanlagen).^{xxviii} Sieht man sich allerdings das in Klammern gesetzte Wort „[national]“ an, sticht die Ähnlichkeit dieser Forderung mit der von Halliburton vor einem Jahrzehnt verfolgten Strategie ins Auge: Dahinter stand der Wunsch vieler Öl-Dienstleistungsunternehmen, die fossilen Brennstoffressourcen zu erschließen, die sich zu neunzig Prozent in staatlichem Besitz befinden.

Da die TiSA-Mitglieder danach trachten, zunächst ein „plurilaterales“ Abkommen zu unterzeichnen und es später unter dem Dach der WTO anderen Mitgliedern zur Unterzeichnung vorzulegen, wird umso deutlicher, dass es von den globalen Öl-Dienstleistungskonzernen eingesetzt werden soll, um die staatlichen Betriebe der OPEC-Länder, aber auch anderer Länder, die zwar keine OPEC-Mitglieder sind, aber Staatsbetriebe haben, aufzubrechen.

Islands Geothermie-Konzerne mögen ihre Expertise in noch so guter Absicht exportieren wollen, die größten Nutznießer des verfehlten TiSA-Mandats, das dem dominanten fossilen Brennstoffsektor gewaltige neue Marktchancen eröffnet, dürften Halliburton und andere Riesen im Öldienstleistungssektor sein.

STAATSAUSGABEN ALS RIESIGER MARKT

[Artikel VIII - Beschaffung energienaher Dienste]

Der Vorschlag besteht vorläufig nur aus einem in Klammer gesetztem Platzhaltertext, was darauf hinweist, dass der Text noch provisorisch ist und/oder für seine Aufnahme noch keine Einigung erzielt wurde. Er deutet jedoch auf die Absicht der Befürworter hin, das staatliche Beschaffungswesen für energienaher Dienste in den Anhang aufzunehmen.

Das Beschaffungswesen wird bereits im TiSA-Kernartikel zum Thema Beschaffung behandelt, in den der GATS-Artikel XIII übernommen wurde. Er schließt die Beschaffung für den staatlichen Verbrauch ausdrücklich aus, erfasst aber die Beschaffung für Dienste, die der öffentlichen Hand weiterverkauft werden – z.B. Energiedienste.

Da in den TiSA-Gesprächen jegliche, mit Energie in Verbindung stehende Tätigkeiten – von der Erschließung bis zum Vertrieb – als „energienahe Dienste“ definiert werden, so auch die staatliche Beschaffung, würden die ERS globale Handelsbestimmungen, die privaten Investitionen und expandierenden Exporten gegenüber allen anderen öffentlichen Interessen Priorität einräumen, über die Energie- und Klimapolitik stellen.

Die große Marktmacht des staatlichen Beschaffungswesens wird von föderalen, staatlichen und lokalen Politikern häufig genutzt, um lokale Umweltziele zu erreichen, den lokalen Arbeitsmarkt zu stimulieren und gegen die Diskriminierung von Randgemeinden vorzugehen.

Staatshaushalte werden häufig genutzt, um bestimmte Arten von Dienstleistungen und Produkten von Menschen oder Bevölkerungsgruppen zu beschaffen, die aus unterschiedlichen Gründen, sei es wegen ihrer Hautfarbe oder Herkunft, traditionell diskriminiert werden. In Ländern, die auf eine lange Geschichte der Zwangsenteignung ihrer Ressourcen durch die Kolonialmächte zurückblicken und eine Gegenwart erleben, die von neo-kolonialen Praktiken ausländischer Unternehmen geprägt ist, ist eine solche Beschaffungspolitik sehr wichtig.

Das südafrikanische Experiment mit seiner erneuerbaren Energiepolitik, dem *Renewable Energy Independent Power Producers' Programme*, ist ein sehr gutes Beispiel, inwieweit TiSA – sollte es an die WTO exportiert werden – zur Gefahr für souveräne innerstaatliche Beschlüsse werden kann, die neue Energieformen mischen und sicherstellen wollen, dass die Eigentümerschaft und der Nutzen unter den lokalen Akteuren gleichmäßig verteilt ist, wobei traditionell marginalisierte Bevölkerungsgruppen gezielt bevorzugt werden.^{xxix}

NEUER TiSA-TEXT ZU „INNERSTAATLICHER REGULIERUNG“ UND „TRANSPARENZ“

Die TiSA-Anhänge werden durch andere Kapitel mit ineinander übergreifenden Verpflichtungen verstärkt; Beispiele sind die Kapitel über die Transparenzanforderungen, die innerstaatlichen Regulierungsbestimmungen und andere Querschnittsthemen, die den politischen Spielraum der Regierungen im Klima- und Naturschutz oder bei der innerstaatlichen Schaffung von Arbeitsplätzen und der Umsetzung anderer öffentlicher Ziele noch weiter einschränken würden.

So würde beispielsweise der [Transparency text](#) den Energiekonzernen das Recht einräumen, sich in Verfahren einzubringen, bei denen politische Maßnahmen wie neue Gesetze, Regulierungen, Verfahrensregelungen und administrative Vorschriften beschlossen werden, und den Staaten potentiell vorschreiben, auf die Eingabe ausländischer Konzerne antworten zu müssen – und zwar im Vorfeld einer endgültigen Entscheidung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen.

Ebenso schlägt der Anhang zur innerstaatlichen Regulierung vor, das Recht der Regierungen zur Regulierung von Zulassungsstandards und –verfahren, technischen Standards und beruflichen Qualifikationen einzuschränken. Für Beispiele die innerstaatliche Regulierung betreffend, siehe eigenen Abschnitt zum Thema.

Laut einer bereits früher [von Wikileaks veröffentlichten](#) Analyse sind im TiSA-Anhang zu innerstaatlichen Regulierungsvorschriften über zwanzig Gründe enthalten, die eine Klage auf nicht-diskriminierende transparente Regulierungen rechtfertigen.

Von der PSI gibt es bereits mehrere detaillierte Analysen, die sich mit den potentiellen Problemen befassen, sollten Regierungen diesen vorgeschlagenen Bestimmungen zu den innerstaatlichen Regulierungsvorschriften zustimmen; dazu gehören:

Scott Sinclair, „TISA Versus Public Services“^{xxx}

Ellen Gould, „The Really Good Friends of Transnational Corporations Agreement“^{xxxi}

Andere Analysen, die die in TiSA enthaltenen Gefahren für die innerstaatliche Regulierung erläutern, finden sich auf dem Website von *Our World Is Not For Sale*.^{xxxii}

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Abgesehen davon, dass das in den USA bestehende System für eine Regulierung des Versorgungsbereichs untergraben würde, stellen die neuen TiSA-Bestimmungen für Energiedienstleistungen eine Gefahr für eine Reihe von Maßnahmen dar, mit denen die Kohlenstoffemissionen reduziert und gewährleistet werden soll, dass die Erschließung von Energieressourcen den Ländern und Gemeinden zugutekommt, denen die Ressourcen gehören, sowie allen ArbeitnehmerInnen, die für die Produktionsprozesse unverzichtbar sind.

Die an den TiSA-Gesprächen in Genf teilnehmenden Regierungen sollten innehalten und die Folgen dessen neu bewerten, was sie da verhandeln und wie es sich mit ihren politischen Zielen vereinbaren lässt, insbesondere mit der dringenden Frage, wie mit dem Klimawandel umzugehen ist. Das Gebot der Stunde, CO₂-arme Wirtschaften zu schaffen, muss schwerer wiegen als die kurzfristigen Gewinnüberlegungen mächtiger fossiler Brennstoffkonzerne.

ÜBER DEN AUTOR

Victor Menotti arbeitet für das Internationale Forum zur Globalisierung. Er hat ausführlich über die Auswirkung der Globalisierung auf die Ökosysteme geschrieben und Vorträge gehalten und zum Aufbau internationaler Netzwerke unter den Energieerzeugern und der im Energiesektor Beschäftigten wie auch unter den in der traditionellen Land- und Forstwirtschaft und Fischerei tätigen und indigenen Gemeinden, deren Überleben von der nachhaltigen Nutzung der Ökologie des Planeten abhängt. Er ist Autor des IFG-Berichts „Free Trade, Free Logging: How the World Trade Organization Undermines Global Forest Conservation“; „The Other Oil War: The Halliburton Agenda on WTO Energy Services“; des Kapitels „WTO and Native Sovereignty“ in ‘Paradigm Wars: Indigenous Peoples’ Resistance to Economic Globalization’, und von „The WTO and Sustainable Fisheries“ für das Institute for Fisheries Resources“.

ENDNOTEN

- ⁱ <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09.pdf>
- ⁱⁱ <http://www.ourworldisnotforsale.org/it/node/1559>
- ⁱⁱⁱ <http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2010/11/SP12-TheWorldTradeOrganizationandOil-AJimenezGuerra-2001.pdf>
- ^{iv} However, GATS Article XVI (Market Access) provides that the prohibition on limiting service operations or volume of services does not cover measures that “limit inputs for the supply of services.” While widely viewed as granting an environmental exception for market access rules, this flexibility does not extend to GATS National Treatment rules (requiring foreign service suppliers to be treated no less favorably than nationals), which act as a barrier to climate policy.
- ^v <http://www.ourworldisnotforsale.org/en/article/tisa-framework-reregulating-global-trade-services>
- ^{vi} <https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/speeches/transcripts/2014/July/Testimony-Deputy-USTR-Punke-Before-House-Ways-Means-Committee-Trade>
- ^{vii} <http://www.wtrg.com/EnergyReport/National-Energy-Policy.pdf>
- ^{viii} <http://fpc.state.gov/documents/organization/38004.pdf>
- ^{ix} <http://cepr.net/publications/op-eds-columns/bush-administration-pushes-for-regime-change-in-venezuela>
- ^x Personal communication with USTR services staff after author’s presentation at civil society side events in San Francisco.
- ^{xi} <http://dfat.gov.au/trade/agreements/tpp/official-documents/Pages/official-documents.aspx>
- ^{xii} <https://ustr.gov/sites/default/files/ITAC-6-Energy-and-Energy-Services.pdf>
- ^{xiii} <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa/>
- ^{xiv} <https://wikileaks.org/tisa/>
- ^{xv} <https://wikileaks.org/tisa/TiSA-Energy-Related-Services-Proposal-IS-NO/TiSA-Energy-Related-Services-Proposal-IS-NO.pdf>
- ^{xvi} Article 3 of GATT already prohibits a preference for local over imported energy goods. The TiSA Annex makes clear that the neutrality principle applies to energy services.
- ^{xvii} https://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/analytic_index_e/gats_01_e.htm
- ^{xviii} http://economia.elpais.com/economia/2014/04/30/actualidad/1398880260_588331.html
- ^{xix} <https://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=309>
- ^{xx} <http://www.theglobeandmail.com/report-on-business/industry-news/energy-and-resources/wto-rules-against-ontario-in-green-energy-dispute/article5461941/>
- ^{xxi} <http://www.loc.gov/law/foreign-news/article/nigeria-local-content-bill-signed-into-law/>
- ^{xxii} <http://unstats.un.org/unsd/cr/registry/cpc-21.asp>
- ^{xxiii} <http://www.ourworldisnotforsale.org/sites/default/files/Analysis-TiSA-Domestic-Regulation-Annex.pdf>
- ^{xxiv} http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/report_tisa_eng_lr2.pdf
- ^{xxv} Stumberg, Robert, *Negotiations on Domestic Regulation: A Plain Language Guide*, Harrison Institute for Public Law, Georgetown University 19 May 2010.
- ^{xxvi} <http://www.ourworldisnotforsale.org/sites/default/files/Analysis-TiSA-Domestic-Regulation-Annex.pdf>
- ^{xxvii} <http://www.ourworldisnotforsale.org/sites/default/files/Analysis-TiSA-Domestic-Regulation-Annex.pdf>
- ^{xxviii} http://www.350bayarea.org/rally_for_solar_10_14
- ^{xxix} Baker, L and Wlokas, H L. 2015. South Africa’s renewable energy procurement: A new frontier? Energy Research Centre, University of Cape Town, Cape Town, South Africa.
- ^{xxx} http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/en_tisaresearchpaper_hqp_internal.pdf
- ^{xxxi} http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/report_tisa_eng_lr2.pdf
- ^{xxxii} <http://www.ourworldisnotforsale.org/sites/default/files/Analysis-TiSA-Domestic-Regulation-Annex.pdf>